

BULLETIN

NUMMER 2 | JUNI 2019



- * 4 Wahlen - Jetzt sind mir dra *
- * 12 Junge Alternative - Netto Null Motivationsverlust *
- * 14 ESAF - Fragen zur Nachhaltigkeit *
- * 16 Frauenstreik - 15.24h *
- * 24 Transition - Soziales Experiment *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Klimawahl

4 Wahlen

Jetzt sind mir dra

6 Wahlen

Go for it

7 Wahlen

Generation Zukunft

8 Wahlen

Das Wahlsystem erklärt

9 Grünspecht

Nervöse Manne ond Froue

10 Kantonsrat

Fraktionsausflug

11 Kantonsrat

Aktionsplan Klima

12 Junge Alternative

Netto null Motivationsverlust

14 ESAF

Fragen zur Nachhaltigkeit

16 Frauenstreik

15.24 h

18 Politik

Grenzen der Selbstbestimmung

20 Flucht

Alltag im Lager

22 Energie

Ein steiniger Weg

24 Transition

Soziales Experiment

25 Service

Gestreift

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Umschlagbild: Kirschbäume auf dem ESAF-Areal – inzwischen nachhaltig gefällt.

Klimawahl

Andreas Lustenberger, Präsident Alternative – die Grünen Zug

Wow! Was für eindruckliche Proteste, Demonstrationen und Streiks, die wir in den vergangenen Monaten weltweit, in der Schweiz und auch in Zug miterleben durften. Beim Schreiben dieser Zeilen bin ich immer noch euphorisiert vom bombastischen nationalen Frauenstreik. Aber auch die Klimabewegung scheint nicht so einfach zu stoppen sein, wie sich das viele bürgerliche Politiker vielleicht gewünscht hätten. Generell fällt auf, wie stark sich die Menschen für eine positive Veränderung engagieren wollen. Dies spüren auch wir als Grüne Partei in Zug: Die Mitgliederzahlen wachsen! Als alternativ-grüne Bewegung setzen wir uns in Zug seit Jahrzehnten mit aller Vehemenz für soziale Gerechtigkeit ein. Wir sind unermüdlich, wenn es darum geht, unsere Umwelt und damit unsere Lebensgrundlage zu schützen. Wir wollen eine friedliche Welt, in der alle Menschen eine faire Chance auf ein Leben in Freiheit und Würde haben. Wir sind und waren stets jene Partei, die schonungslos den Finger in die Wunden gedrückt hat. Unsere Vorschläge zu einer nachhaltigen Genesung wurden belächelt und möglichst kleingeredet. Nun weht aber ein anderer Wind. Ein Wind, entfacht durch eine junge Generation, die die Nase voll hat und das Heft selbst in die Hand nimmt. Die Energie, die von dieser jungen Generation versprüht wird, belebt und mobilisiert generationenübergreifend. Es war beeindruckend zu sehen, wie 18-jährige Aktivistinnen gemeinsam mit altgedienten Frauenrechtlerinnen am 14. Juni eine der grössten Demonstrationen in der Schweiz auf die Beine gestellt haben. Ja, wir Grünen waren es, die den Klimawandel aufs politische Parkett gebracht haben. Wir waren es, die mit der Initiative für eine

Grüne Wirtschaft oder der Zersiedelungsinitiative bereits vielseitige Lösungsvorschläge präsentiert haben. Es waren feministische Gruppierungen aus unseren Reihen, die sich schon vor 28 Jahren für die Gleichstellung eingesetzt haben. Wir zeigen schon seit Jahrzehnten auf, dass die ökologische und finanzielle Ausbeutung rohstoffreicher Länder, Menschen in Entwicklungsländern regelrecht den Boden unter den Füßen wegreisst. Und nun sind diese Themen in der breiten Gesellschaft stärker verankert denn je. Wir sind die Expert*innen und unsere Lösungen sind gefragt. Es braucht massive Investitionen im Umweltbereich, damit wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen. Es braucht eine offene und solidarische Gesellschaft, die mutig und innovativ in die Zukunft schreitet. Eine Gesellschaft, die sich auf einen unterstützenden und fördernden Staat berufen kann. Einen Staat, der Leitplanken vorgibt, wie es zum Beispiel die Konzernverantwortungsinitiative fordert. Vor allem braucht es aber auch generationenübergreifende Solidarität. Endlich müssen wir die vollständige Gleichstellung erreichen. Das Geschlecht, das Alter, die Herkunft oder die religiösen Ansichten einer Person dürfen niemanden benachteiligen und alle müssen ihre Anliegen adäquat vertreten wissen. Eine Schwalbe macht bekanntlich



noch keinen Sommer. Aber ein ganzer Schwarm, der in unsere Richtung segelt, ist zumindest ein gutes Vorzeichen. Vier Jahre lang dominierte eine Rechtsbürgerliche Mehrheit die nationale Politik. Vier Jahre ohne Fortschritt, in grünen und sozialen Themen sogar mit Rückschritten. Diese Zeit ist nun vorbei und es braucht frischen Wind in Bern, auch aus Zug. Das schlechte Abschneiden im Umwelteranking der fünf Zuger Vertreter oder das Nein zum Kompromiss der Konzernverantwortungsinitiative verdeutlichen dies. Auf unseren Listen stellen sich für die Wahl am 20. Oktober profilierte Politikerinnen und Politiker zur Verfügung. Dank der Listenverbindung mit der SP haben wir 2019 die grosse Chance, wieder eine links-grüne Vertretung aus Zug nach Bern zu schicken. Packen wir gemeinsam diese Chance, die Zeit ist reif dafür. ■

Jetzt sind mir dra

Redaktion BULLETIN

4 Am 20. Oktober 2019 sind nationale Wahlen, das eidgenössische Parlament wird gewählt. Es wird sich zeigen, ob die StimmbürgerInnen die Grünen – Alternativen dafür belohnen, dass Klima- und Frauenthemen nicht erst seit gestern in ihrem Parteiprogramm stehen. Wir stellen unsere Kandidierenden für den Nationalrat auf diesen beiden Seiten vor.

Manuela Weichelt-Picard

Manuela Weichelt wurde 1967 geboren und ist vor knapp 30 Jahren in den Kanton Zug gezogen. Sie trat damals der Frischen Brise (heute Grüne Steinhausen) bei und wurde auf Anhieb (1994) als jüngste Frau in den Kantonsrat gewählt. Seither politisiert Manuela Weichelt im Kanton Zug als Legislativmitglied und später in der Exekutive. Sie kandidiert 2019 als Nationalrätin für die Alternativen – die Grünen!

Nach 8 Jahren Kantonsrat (davon 6 Jahre als Fraktionschefin) und dem Erleben oder Überleben des Zuger Attentats entschloss sie sich im Jahre 2002 zu einer politischen Pause. Doch schnell hat sie die Politik vermisst. Sie übernahm 2005 das Parteipräsidium der neu gegründeten kantonalen Partei. Im Jahre 2006 wurde sie mit 39 Jahren als erste Frau der Alternativen – die Grünen (und der CSP) in den Regierungsrat gewählt, wo sie vom Zuger Volk zweimal wiedergewählt (Proporz und Majorz) wurde. Sie vertrat insgesamt während 12 Jahren die Linke im Regierungsrat. Grüne Themen waren ihr immer wichtig und sie konnte ihr Departement mit dem Forst, der Fischerei und der Jagd auch nachhaltig prägen. Alle diese Bereiche sind nicht zuletzt durch den Klimawandel seit längerem gefordert. Sie war auch die erste und einzige Direktion im Kanton, welche eine Umweltzertifizierung einführte. Dank ihr konnte der Kanton Zug die hohe Zahl an Asylsuchenden im 2015/2016 mit grosser Unterstützung aus der Bevölkerung sehr gut organisieren. Die letzten zwei Jahre meisterte sie den Höhepunkt einer

jeden Regierungsrätin und war die zweite Frau Landammann überhaupt im Kanton Zug.

Mit Manuela Weichelt würde das erste Mal seit dem Frauenstimmrecht eine Frau den Kanton Zug in Bern vertreten. Sie hat vor 20 Jahren auf einer gemeinsamen Liste mit der SP für den Nationalrat kandidiert, um Armin Jans zu unterstützen, und vor 16 Jahren hat sie mit ihrer Nationalratskandidatur wesentlich dazu beigetragen, dass Jo Lang gewählt wurde.

Während des letzten Vierteljahrhunderts hat Manuela ihr politisches Können im Kantonsparlament, als Parteipräsidentin und als Exekutivpolitikerin unter Beweis gestellt. Kein Wunder hat die «NZZ» und der «Tages-Anzeiger» ihren Namen bereits ins Spiel gebracht, als sie sich noch in den wohlverdienten Ferien (oder wie sie selber sagen würde: «in der politischen Reinigung») nach Beendigung ihrer dritten und letzten Legislatur als Regierungsrätin befand. Im 2019 ist die Zeit nun überreif, dass der Kanton Zug mit einer weiblichen grünen und sozialen Stimme in Bern vertreten wird.

Andi Lustenberger

Andi ist 1986 in Bern geboren, jedoch bereits 1987 mit seinen Eltern und den beiden älteren Geschwistern in Baar gelandet. Dort hat er alle Stufen der Schule durchlaufen und nach seinem Sekundarabschluss die KV-Lehre auf der Gemeindeverwaltung Baar absolviert. Er kandidiert 2019 als Nationalrat für die Alternativen – Grünen!

Trotz seiner politisch versierten Eltern und seiner Lehre auf der Gemeinde

war Andi in seinen jungen Jahren noch nicht politisch aktiv. Sein politisches Interesse wurde durch ein einjähriges Praktikum beim katholischen Hilfswerk Fastenopfer geweckt. Dort war Andi auch zuständig für die Klimakampagne, er reiste 2009 als Vertreter an die Klimakonferenz in Kopenhagen. Politisiert durch die grosse Ungleichheit auf unserer Welt, entschloss sich Andi für ein Geografie-Studium an der Universität Zürich.

Als Nebenjob führte er das Sekretariat der Jungen Grünen Zürich und wurde 2012 zum Co-Präsidenten der Jungen Grünen Schweiz gewählt. Herauszustreichen sind in dieser vierjährigen Tätigkeit sein unermüdlicher Einsatz für die Schwächsten. Dazu gehörte auch die Arbeit für das Referendum gegen die Asylgesetzverschärfung. Zudem war Andi massgeblich an der Ausarbeitung und Lancierung der Zersiedelungsinitiative beteiligt. Seit 2013 politisiert Andi nun im Zuger Kantonsrat und seit drei Jahren amtiert er als Präsident der Alternativen – die Grünen des Kantons Zug.

Freiwilliges Engagement zieht sich wie ein roter Faden durch sein bisheriges Leben. Dazu gehören sein langjähriges Engagement in der Pfadi, seine Tätigkeiten im Verein Drogenforum Zug oder die Gründung des Baarer Asylnetzes. Aktuell ist sein Leben nebst Politik und seiner beruflichen Tätigkeit als Teamleiter bei der Caritas Schweiz geprägt vom Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest. Mit einem kompetenten Team ist er hauptverantwortlich für das Thema Nachhaltigkeit und konnte hier einige Pflöcke einschlagen. Andi kandidiert für den Nationalrat und bringt trotz jungem Alter viel Wissen mit.

Vroni Straub-Müller

Vroni Straub-Müller wurde 1963 in der Stadt Zug geboren – und ist zusammen mit drei Geschwistern in der



Vroni Straub-Müller, Andi Lustenberger, Manuela Weichelt-Picard.

Stadt aufgewachsen. Vroni war eine quirlige Jugendliche und in der Pfadi und in der Kadettenmusik engagiert. Als Ende der 70er Jahre viele Tibeter nach Zug kamen, organisierte sie Unterkünfte für diese Einwanderer – ihre soziale Ader war schon damals sehr ausgeprägt. Sie kandidiert 2019 als Nationalrätin für die CSP!

Nach einem Abstecher nach Zürich, wo sie als Praxisassistentin in einem Spital arbeitete, zog es Vroni wieder zurück nach Zug, wo sie die Ausbildung zur Hebamme absolvierte. Vroni arbeitete viele Jahre als Hebamme zuerst im Spital, später freiberuflich. Vor 14 Jahren wurde sie angefragt, ob sie nicht im Namen der CSP für den GGR und den KR antreten möchte. Vroni hat zugesagt und wurde auf

Anhieb in beide Räte gewählt. Seither politisiert die dort an der Seite der Alternativen – Grünen. Seit 1996 gibt es eine Fraktionsgemeinschaft zwischen den Alternativen und der CSP (und die CSP ist assoziiertes Mitglied bei den Alternativen – die Grünen). Vor 8 Jahren wurde Vroni ebenfalls auf Anhieb in den Stadtrat gewählt. Für das Stadtpräsidium hat es letztes Jahr nicht gereicht – allein gegen die drei bürgerlichen Parteien samt GLP und ohne Unterstützung durch andere Parteien – das war nicht zu schaffen und in Anbetracht dieser Übermacht war ihr Resultat super. Vroni führt im Stadtrat das Bildungsdepartement und hat mit ihrer Ruhe, ihrer hohen Präsenz und ihrem Sachverstand ein geordnetes und gut strukturiertes Departement.

Sie setzt sich seit jeher für sozial Schwächere ein, Frauen- und Familienanliegen sind ihr wichtig und die Erhaltung einer lebenswerten Stadt ebenfalls.

Wenn Vroni im Kantonsrat ans Rednerpult tritt, dann trifft sie den Nagel jeweils in einer ruhigen und kompetenten Art auf den Kopf. Vroni ist nicht die «grösste» Politikerin im Kanton Zug, aber der Schein trügt. Mit grosser Bewunderung konnte man in den letzten Jahren verfolgen, mit welchem Power Vroni ihre Ziele und Anliegen vertritt und mit welchem unglaublichen Elan sie jeweils ihren Wahlkampf betreibt. Wir sind überzeugt, dass Vroni alles dazu mitbringt, was es für eine sehr gute Nationalrätin braucht. ■

Go for it

Redaktion BULLETIN

6 **Tabea Zimmermann Gibson kandidiert als Ständerätin für die Alternativen – die Grünen des Kantons Zug. In Zug geboren, in Hünenberg aufgewachsen und heute ist sie wieder in Zug wohnhaft. Ausser berufsbedingten Auslandsaufenthalten hat Tabea Zimmermann Gibson immer im Kanton Zug gewohnt. Trotz ihrer Berner Wurzeln und ihres Ehemanns, der aus England kommt, ist sie demnach eher eine «Hiesige» als eine Zugewanderte, was im weltoffenen Zug mit den vielen Zugezogenen ein Vorteil ist.**

Tabea Zimmermann will in den Ständerat, ins *Chambre de Réflexion*. Der Ständerat heisst nicht nur so, weil er fast immer der Zweitrat ist, sondern weil hier Leute mit vielfältiger Lebenserfahrung Einsitz haben. Wenn wir einen Blick auf Tabea Zimmermanns Lebensstationen werfen, verfügt sie über einen breiten beruflichen Fussabdruck. Sie war nicht nur als Kioskverkäuferin tätig, sondern hat auch in einem Versandhaus und als Kellnerin gearbeitet. Seit ihrem Studium in Geschichte und Englisch ist sie in Luzern als Kantonsschullehrerin tätig und bringt den GymnasiastInnen bei, wie man sich in der Weltsprache Englisch korrekt ausdrückt und wie man durch Literatur Einblicke in sich selbst und die Welt gewinnen kann.

Die Sensibilisierung fürs Politische zeigte sich bei Tabea Zimmermann schon früh. Ihre Lizentiatsarbeit untersucht die Entscheidungsfindungsprozesse zur «Personenfreizügigkeit in der Europadiskussion der SP Schweiz und der Zürcher SVP vor der EWR-Abstimmung 1989 bis 1992». Bei den wissenschaftlichen Recherchen hat Tabea einiges mitbekommen über die politische DNA der untersuchten Parteien. Das Wissen um die Ausrichtung der politischen Mitbewerber wird Tabea auch in Zukunft hilfreich sein. Heute schon ist Tabea politisch breit abgestützt, auch was den Zuspruch aus anderen Parteien anbelangt. Ihr sensationelles Wahlresultat als Vizepräsidentin des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug (GGR) zeigt das deutlich.

Politisches Engagement

Womit wir bei Tabreas politischem Lebenslauf sind. Rein an der Zeit gemessen, wie lange Tabea sich aktiv am politischen Leben beteiligt, ist die Liste noch nicht sehr lang, dafür aber umso intensiver. Die ersten politischen Schritte waren beruflicher

Stadt Zug und als kantonales Vorstandsmitglied der ALG. Auch aus beruflichen Gründen schon lange an kantonalem Geschehen interessiert, kam letzten Herbst noch die Wahl in den Kantonsrat dazu.

Tabea Zimmermann engagiert sich auch erfolgreich in der Freiwilligenarbeit. Als Präsidentin der Freiwilligenorganisation KISS Zug hat sie die Zeitgutschriftenorganisation in der Stadt Zug aufgebaut. Dies zeigt klar, dass Tabea nicht einfach von Dingen spricht, die gemacht werden sollten. Vielmehr packt sie an und setzt die Dinge in die Tat um.

Mit ihrer Ständeratskandidatur will Tabea Zimmermann die Themen Solidarität und Nachhaltigkeit in den



Natur: Tabea war sechs Jahre Präsidentin des KantonsschullehrerInnenvereins Alpenquai und dadurch auch Vorstandsmitglied des Verbandes Luzerner MittelschullehrerInnen. Im Kanton Zug war sie zuerst als Mitglied der politischen Arbeitsgruppe von Pro Velo Zug politisch tätig. Seit 2014 ist sie parteipolitisch aktiv: neben dem bereits erwähnten Sitz im GGR auch als Co-Präsidentin bei der Ortsgruppe Alternative – die Grünen

Wahlkampf einbringen. Zug ist nicht nur bürgerlich, Zug ist auch vielfältig und offen für neue nachhaltige Lösungen. Tabea will eine Schweiz, die nicht nur gut ist für diejenigen, welche nur aufs eigene Portemonnaie schauen – denn die, die schon viel haben, haben auch ohne zwei bürgerliche Zuger Ständeräte genug. Deshalb ist es wichtig, aus Zug auch eine linke Stimme in den Ständerat zu schicken! ■

Generation Zukunft

Gurbetelli Yener, Co-Präsidentin Junge Alternative Zug

Die aktuelle Zuger Vertretung im Nationalrat ist männlich, bürgerlich und alt. Weder Frauen noch junge Menschen sind angemessen vertreten. Die Junge Alternative Zug möchte für frischen, ökologischen Wind sorgen und schickt drei motivierte und engagierte Kandidierende ins Rennen um die begehrten Nationalratssitze: Julia Küng (18), Michèle Willimann (28) und Luzian Franzini (23).



Julia Küng

Michèle Willimann

Luzian Franzini

«Als junge Klimaaktivistin möchte ich dafür sorgen, dass auch kommende Generationen noch eine Zukunft auf unserer Erde haben!», meint Julia Küng. Deshalb kandidiert die 18-jährige Zugerin für den Nationalrat. Für Raumplanerin Michèle Willimann stehen die Wahlen im Herbst ganz im Zeichen der Frauen. «Leider sitzen im Parlament auch 2019 noch mehrheitlich ältere Herren. Es ist an der Zeit, dass wir Frauen auch im nationalen Parlament würdig vertreten sind!» Luzian Franzini, Co-Präsident der Jungen Grünen Schweiz, widmet sich neben dem ökologischen Schwerpunktthema auch dem Thema Transparenz. «Gerade in einem Wahljahr fliessen wieder Millionenbeträge in politische Kampagnen. Die Stimmbevölkerung hat dabei das Recht auf mehr Transparenz!»

Mit Crowdfunding zum Wahlerfolg
Für eine aktive Wahlkampagne braucht es nicht nur Motivation und Engagement, sondern auch entsprechende Geldmittel. Um ihren Wahlkampf zu finanzieren, haben die jungen Alternativen deshalb ein Crowdfunding lanciert, welches potentielle Spenderinnen und Spender durch kreative und attraktive Belohnungen anlockte. So gab es für 20 gespendete Franken zwei Flaschen Bier, gebraut von einem Gründungsmitglied der Jungen Alternativen Zug. Für 100 Franken bot die Jungpartei zum Dank einen Veloputzservice an und wer 150 Franken spendete, bekommt am Wahlsonntag ein Zmorgehörbli vorbeigebracht. ■

Startkapital

Dank dem kreativen Crowdfunding konnte bereits ein «Startkapital» für den Nationalratswahlkampf gesammelt werden. Spenden sind natürlich auch weiterhin sehr willkommen – mit Deiner Hilfe holen wir uns den linken Sitz zurück!

Junge Alternative Zug,
Metallstrasse 5
6300 Zug
PC 80-192-9
IBAN: CH50 0078 7007 7135 7461 0

10 Jahre Junge Alternative

Im Herbst 2019 jährt sich die Gründung der Jungen Alternative Zug zum 10. Mal. Diesen Anlass wollen wir gebührend feiern und laden deshalb herzlich zur grossen Jubiläumsfeier ein: am Samstag, 28. September im Jugendkulturzentrum i45 in Zug. Ab 16.30 h sind alle Mitglieder und Sympathisant*innen eingeladen, mit uns auf die erfolgreiche zehnjährige Geschichte der Jungpartei zurückzublicken und anzustossen. Abends lassen wir dann an unserer spektakulären, öffentlichen Jubiläums-party die Korke knallen und feiern mit Musik von Fratelli-B (Hiphop), Jazzmin (Experimental Soul&Funk), R we alone? (Blues/Rock), Rising Fyah (Reggae) und OG Florin (Hiphop) in die Nacht hinein. Alle Generationen sind willkommen.



Das Wahlsystem erklärt

Tim Kilchsperger, Vorstandsmitglied Junge Alternative

8 Im Folgenden wird in aller Kürze erklärt, worauf man beim Wählen achten sollte, damit die eigene Stimme vollumfänglich dort landet, wo man sie haben möchte.

In erster Linie müssen wir unterscheiden zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl, also Majorz- und Proporzwahlverfahren. Beginnen wir mit dem Majorz: Das Majorzwahlverfahren gilt auf nationaler Ebene bei der Wahl für die Vertretungen des Ständerats. Im Ständerat sind alle Kantone mit zwei Personen vertreten – Halbkantone mit je einer Person. Im Majorz werden die Personen gewählt, welche das absolute Mehr erreicht haben. Sollten mehr als zwei Personen das absolute Mehr erreicht haben, dann sind die beiden Personen mit den meisten Stimmen gewählt.

Im Gegensatz zum Ständerat wird der Nationalrat im Proporzwahlsystem gewählt. Den Kantonen werden im Verhältnis zu ihrer Wohnbevölkerung eine entsprechende Anzahl Sitze zugeteilt – der Kanton Zug hat bekanntlich drei Sitze. Bei der Proporzwahl werden nicht mehr in

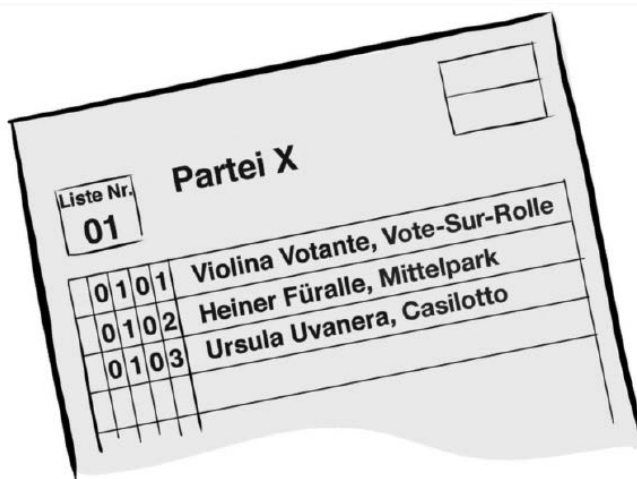
erster Linie Personen im absoluten Mehr gewählt, sondern es werden Interessensvertretungen bestimmt. Zur Wahl stehen verschiedene Listen. Diese Listen bilden Wahlvorschläge, welche den Stimmberechtigten meist von Parteien, aber auch von Gruppierungen unterbreitet werden.

Zur Differenzierung Ihres Wahlvorschlags kann eine Partei zusätzlich zur Hauptliste auch Unterlisten aufstellen. Unterlisten unterscheiden sich beispielsweise im Zusatz nach Geschlecht, Alter oder durch Zugehörigkeit zu den Flügeln einer Partei. Die gesamten Stimmen von Haupt- und allen Unterlisten dienen der Partei als Parteistimmen. Die Anzahl der Parteistimmen ist entscheidend für die Verteilung der verfügbaren Nationalratssitze. Durch Listenverbindungen mit anderen Parteien oder Gruppierungen können die Wahlchancen erhöht werden; dies ist sinnvoll, sofern die Parteien

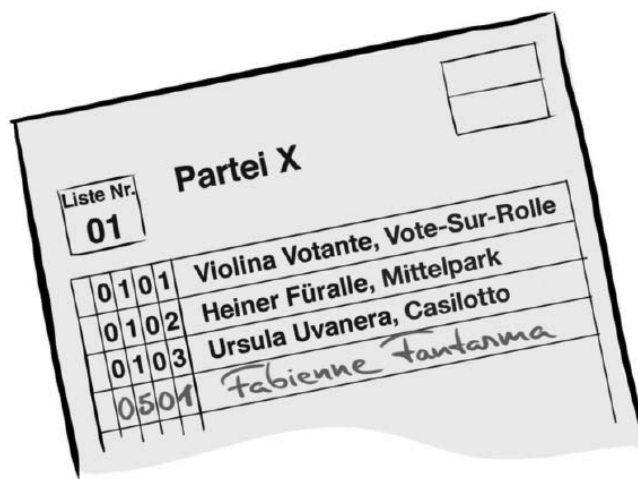
auch ähnliche Interessen vertreten. Diese Verbindungen werden gegenüber anderen Listen als eine eigene Liste gewertet.

Zur Feststellung des Wahlergebnisses werden erst anhand der gültigen Parteistimmen die verschiedenen Mandate im Verhältnis zu den Listen (und dann innerhalb der Listenverbindungen) zugeteilt – gewählt ist dann die Kandidatur mit den meisten Personenstimmen innerhalb der Liste.

Wie kann man gültig wählen? Es besteht die Möglichkeit, eine Liste unverändert zu wählen, eine anzupassen oder eine eigene zusammenzustellen. Es können Personen gestrichen werden, es können Vorgeschlagene zweimal hingeschrieben werden (kumulieren) und es können Personen aus anderen Listen hinzugefügt werden (panaschieren). Beim Panaschieren gilt es darauf zu achten, dass man aus Listen wählt, welche miteinander verbunden (Listen- oder Unterlistenverbindungen) sind – sonst gibt man allenfalls verschiedenen Interessengruppen seine Stimme. ■



Empfehlung der Redaktion: Idealerweise werfen Sie eine unveränderte Liste der Alternativen – die Grünen (oder Listen- oder Unterlistenverbindungen) ein. Damit unterstützt man die Ziele der ALG am effektivsten.



Empfehlung der Redaktion: Beim Panaschieren gilt es darauf zu achten, dass man aus Listen wählt, welche miteinander verbunden (Listen- oder Unterlistenverbindungen) sind – sonst verlieren wir eine Stimme.

Nervöse Manne ond Froue

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Die SVP, die von Wahl zu Wahl, von Erfolg zu Erfolg, zur stärksten Partei des Landes aufgestiegen ist, ist ins Taumeln geraten. Anti-EU, Anti-Klimapolitik, Anti-Ausländer – das ist etwas gar wenig für eine Partei, die sich als «schweizerisch» brüstet.

Nach den Mandatsverlusten bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente von Zürich, Luzern und Basel-Landschaft haben die rechten Ideologen in der Volkspartei schnell eine Schuldige gefunden. Sie ist 16-jährig und heisst Greta. Oder wie ein User in den sozialen Medien spöttisch bemerkte: «Warum soll man eine Partei wählen, welche keine Erfolge, dafür nur Ausreden präsentieren kann. Neuerding soll eine 16-jährige Schülerin am Niedergang der SVP schuld sein. Echt jetzt?»

Programmatische Leere

Schuld ist nicht die rasante Klimaerwärmung. Schuld ist die fehlende politische Antwort. Wer für die Sorgen der Menschen (und der Natur und des Planeten überhaupt) keine Visionen und Lösungen präsentieren kann, der hat schon verloren. In der Klimapolitik zeichnet sich die SVP durch programmatische Leere aus; etwa so leer wie die Wüste Sahara, die sich in Folge der Klimaerwärmung immer mehr in Richtung Mittelmeer ausdehnen wird.

Das Einzige, was bei der SVP immer funktioniert hat, ist der Reflex, die anderen zu verunglimpfen und den Kalten Krieg aus der Mottenkiste zu holen. Anders ist der Tweet von Roger Köppel nicht zu interpretieren: «Unter der Tarnkappe des Klimawandels holen die grünroten Ideologen ihre uralten marxistischen Rezepte aus der Gruft.» Wie soll Michael Gorbatschow, der Generalsekretär der untergegangenen Sowjetunion, doch einmal formuliert haben (die genauen Umstände des Zitats sind nicht ganz klar): «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» In der Klimapolitik will die SVP nicht einmal zu spät kommen, sie negiert

schlicht den fahrenden Zug. Nach dem Motto, was nicht in mein ideologisches Konzept passt, existiert nicht.

Hüst und Hott zu Lasten der Bürger

So beschwört die Volkspartei bei jeder Gelegenheit ihre Anti-EU-Politik mit der gefährdeten Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz. Abgesehen von diesem automatischen Reflex gibt die Partei ein leeres und chaotisches Bild ab. Zwei Beispiele: In der letzten Frühlingssession ging es im Nationalrat um die Erhöhung der Franchisen in der Krankenkasse; diese sollten um 50 Franken steigen, allenfalls in Zukunft sogar automatisch der Kostenentwicklung angepasst werden. Die bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP stimmten im Nationalrat in der Beratung für die Erhöhung und damit die Mehrbelastung der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler. Grüne und SP kündigten ein mögliches Referendum an. Zwei Tage vor der Gesamtabstimmung dann die Kehrtwende. Die SVP sagte auf einmal Nein; es sei eine Gesamtschau im Gesundheitswesen nötig, verkündete Fraktionschef Thomas Aeschi. Die Parteilite um Milliardär Christoph Blocher hat gemerkt, dass die «Froue und Manne» andere Sorgen drückt als die EU.

Gleiches Vorgehen bei der Revision des Versicherungsgesetzes in der Sondersession im Mai. Die Bürgerlichen in der vorberatenden Kommission wollen die Rechte der Versicherten zum Vorteil der Versicherungsgesellschaften schmälern. Die Versicherungslobby hatte sich bei SVP-Bundesrat Ueli Maurer und den rechtsbürgerlichen Parteien Gehör verschafft und ihre Interessen

durchgesetzt. Auf einmal entdeckten diese dann ihr Herz für die Versicherten und liessen den Paragraphen 35 wieder fallen, nach welchem die Versicherungsgesellschaft die Vertragsbedingungen einseitig zu ihren Gunsten hätten ändern können.

Im Dienste der Goldküste

Der Druck von grün-links hat – dies zeigen die beiden Beispiele – das Schlimmste verhindert. Die kom-



menden Wahlen respektive die Angst davor haben auch dazu beigetragen. Aber der Grünspecht ist sicher; die konsumentenfeindlichen Attacken von rechts auf den Geldbeutel der sozialschwachen, der Familien, der Seniorinnen und Senioren und des Mittelstandes werden nach den Wahlen wieder einsetzen. Hinter der Anti-EU-Rhetorik der SVP versteckt sich nämlich ein Programm der Spaltung der Gesellschaft und des Sozialabbaus. Ein Programm für die Goldküste – und nicht für die «Frouen und Mannen», die täglich in Familie und Gesellschaft ihr Bestes geben. ■

Fraktionsausflug

André Guntern, ALG Baar, Präsident Pro Natura Zug

10

Klimaverträglicher geht's kaum: Auf dem diesjährigen Ausflug wanderte die Fraktion ab Baar der Lorze entlang nach Zug. Die Teilnehmenden liessen sich darüber orientieren, wie die Lorzenebene in den letzten hundert Jahren verändert wurde, und welche Veränderungen das Schwingfest noch diesen Sommer mit sich bringen wird.

Anhand der Lorze lässt sich die für viele Gewässer typische natürliche und anthropogene Landschaftsveränderung zeigen.

Nach dem Ende der letzten Eiszeit erstreckte sich der Zugersee bis nach Baar. Seither hat die Lorze mit ihrem

als Kompensation für die Nordzufahrt führten zur Besserung. Mit einem langen Überlaufrohr wurde Wasser von der neuen zur alten Lorze geführt. Heute ist wieder ein ökologisches Gleichgewicht in der alten Lorze erreicht. Mit dem alten Baumbestand und dem idyllischen Spazierweg kommt ihr als Natur- und Erholungsraum eine hohe Bedeutung zu.

Beharrlichkeit nützt

Die neue Lorze verfügt zwar über breite und artenreiche Ufergehölze, der Böschungsquerschnitt ist aber sehr gleichförmig. Deshalb wurde er in den vergangenen 10 Jahren an verschiedenen Stellen aufgebrochen: Bei der Baarer Ziegelhütte, den Familiengärten im Jöchler und

nördlich der Autobahnauffahrt wurde der Lorze ein Teil des früher abgerungenen Landes zurückgegeben und umfangreiche Renaturierungen realisiert. Sie erfüllen heute die wasserbauliche Funktion als Retentionsräume und leisten dank der Struktur- und Artenvielfalt einen wichtigen Beitrag an die Biodiversität in der Lorzenebene. Die Flächen stellen im Vergleich zu den ehemals riesigen Sumpfgebieten und Riedwiesen nur eine geringe Kompensation für die seit 120 Jahren verschwundenen naturnahen Lebensräumen dar. Mit dem Siedlungs- und Strassenbau sind inzwischen auch viele Landwirtschaftsflächen verschwunden. Ein Vergleich der Landeskarten von 1890–2010 zeigt dies eindrücklich.

Beim Restaurant Freimann in der Letzi wechselte die Gruppe das Lorzenufer – und damit auch das Thema. Vor 4 Jahren standen an gleicher Stelle rund 20 Personen der Alternative, um über das eben beschlossene Eidgenössische Schwingfest zu diskutieren. Dass für den dreitägigen Anlass 30 Hochstammobstbäume gefällt wurden, hatte breite Empörung ausgelöst. Um bei den Umweltauswirkungen frühzeitig Position zu beziehen, wurde ein umfangreicher Forderungskatalog zu Händen des OK erstellt. Es lag nun an Andreas Lustenberger, seinen Kantonsratskolleginnen und -kollegen zu erläutern, wie das Schwingfest dem Anspruch an die Nachhaltigkeit gerecht werden soll. Als Leiter der Stabstelle Nachhaltigkeit setzte er sich zusammen mit Kantonsrätin Stéphanie Vuichard und zwei weiteren Personen dafür ein, dass die Emissionen reduziert, Material wiederverwertet und sämtliche Emissionen der Veranstalter und Besucher zusammen mit MyClimate kompensiert werden (siehe Seite 14f.). Der Nachmittagsspaziergang hat an zwei praktischen Beispielen gezeigt, dass es sich bei Bauprojekten und Grossanlässen lohnt, sich beharrlich für umweltverträglichere Lösungen einzusetzen. ■



Beim Blick auf das riesige Stadiongelände des ESAF erklärt Andreas Lustenberger, wie der Grossanlass möglichst klimaneutral durchgeführt werden soll. Bild: André Guntern

Geschiebe aus dem Lorzentobel die gesamte Lorzenebene bis zum heutigen Seeufer aufgefüllt. Die ungezähmte Lorze führte in früheren Jahrhunderten in Baar immer wieder zu Überschwemmungen. Einzelne Massnahmen konnten das Problem nicht lösen. Nach der letzten verheerenden Überschwemmung 1934 dauerte es noch 40 Jahre, bis die Gefahr gebannt war. Die Lorze musste der Autobahn weichen und wurde ab dem Jöchler bis zum Brüggli in ein neues Flussbett mit genügend Kapazität für grosse Hochwasser verlegt. Bei der alten Lorze, die weiter Richtung Chollerfloss, fehlte nun aber das Wasser und sie wurde zu einem übelriechenden Rinnsal. Erst die Aufwertungsprojekte



Anhand von Karten und Luftbildern zeigt André Guntern, wie sich der Lauf der Lorze seit 1890 verändert hat. Bild: Hanni Schriber-Neiger

Aktionsplan Klima

Stéphanie Vuichard, Kantonsrätin Alternative – die Grünen

Am 7. Februar 2007 (!) wurde eine Motion der alternativen Fraktion betreffend «Aktionsplan Klima» im Kanton Zug eingereicht. Verlangt wurde ein Massnahmenkatalog. Es sollten alle auf kantonaler Ebene möglichen Massnahmen zur Verminderung des Klimawandels aufgezeigt werden. Damals wurde die Motion aufgrund der bürgerlichen Mehrheit nicht überwiesen. Zwölf Jahre später sieht es nun doch endlich etwas besser aus.

Anna Spescha, Isabel Liniger (beide SP) und ich wollten den Klimastreikenden Gehör verschaffen und haben ihre Forderungen als Postulat in den Kantonsrat eingebracht. Wir forderten: «Der Kanton Zug ruft den

forderte keine Symbolpolitik, sondern wollte gleich konkrete Massnahmen hören und auch der Name «Klimanotstand» wurde kritisiert. Die vielen Klimastreikenden weltweit, die tausenden Teilnehmenden



Am 11. April wurde die Ausrufung des nationalen Klimanotstandes dem Kantonsrat übergeben.

symbolischen Klimanotstand aus und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität.» Uns war klar, dass es sehr schwierig wird, den Vorstoss überhaupt erst mal überweisen zu können. Umso mehr freuten wir uns, als der Kantonsrat dank der Alternativen – die Grünen, der SP und, für mich doch sehr überraschend, praktisch der ganzen CVP-Fraktion das Postulat überwiesen hat. Der Kantonsrat hat den Klimawandel und seine schwerwiegenden Folgen auf die Natur und uns Menschen weltweit wie auch in der Schweiz anerkannt. Zwei Parteien stellten sich dagegen. Die SVP schien noch etwas am Klimawandel zu zweifeln, weil es so ein kalter, regnerischer Mai war. Und die FDP

in der Schweiz und auch die rund 300 Personen in Zug bewirken etwas. Und der Hitzesommer 2018 hat wohl auch nachgeholfen. Das Thema Klimawandel und die Notwendigkeit zu handeln ist endlich in der breiten Bevölkerung angekommen.

Blosse Symbolpolitik?

An dieser Stelle möchte ich nochmals betonen, dass es sich hier um einen symbolischen Notstand handelt, die Demokratie wird nicht ausgehebelt. Mit dem Begriff «Klimanotstand» wollten wir uns einer internationalen Bewegung anschliessen und setzen dies als Titel für einen Massnahmenplan. Vielleicht passt einigen der Titel nicht, doch das Entscheidende ist hier der Inhalt. Zur Kritik, dass es nur Symbolpolitik sei und wir doch

besser konkrete Massnahmen bringen sollen, möchte ich sagen: Es soll nicht die Aufgabe von Schüler und Schülerinnen sein und auch nicht von drei Kantonsrätinnen, einen Massnahmenkatalog zu erstellen. Dies würde unsere Kapazitäten übersteigen. Ausserdem ist es weniger klug und weniger effizient, wenn jede Partei einzelne Massnahmen als Vorstoss einreicht, ohne dass die Massnahmen untereinander koordiniert wurden. Es ist besser, zuerst auf einer höheren Ebene einen Massnahmenplan zu erarbeiten. Dieser soll zeigen, was auf kantonaler Ebene alles gemacht werden kann und soll, um die Forderung der Klimastreikenden zu erfüllen, den CO₂-Ausstoss auf netto null bis 2030, spätestens bis 2050 zu reduzieren. Beispiele von möglichen Massnahmen sind:

- Verbesserte Heizungen und Wärmedämmungen bei Gebäudesanierung und Neubauten.
- Förderung der erneuerbaren Energien wie Solaranlagen auf gewissen kantonalen Gebäuden.
- Höhere Abgaben für fossile Energieträger und Motorfahrzeuge.
- Förderung von Langsamverkehr und öffentlichem Verkehr.
- CO₂-Senken fördern durch eine erhöhte Moorregeneration, bessere Nutzung von Schweizer Holz oder Humusaufbau in Böden.
- Stärkere Umweltbildung in Schulen und stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung.
- Klimaneutrale Finanzierung bei Pensionskassen und weiteren Geldanlegern.

Nachdem der Regierungsrat einen Massnahmenplan erstellt hat, kommen wohl die einzelnen, konkreten Massnahmen wieder in den Kantonsrat. Dann kann wieder debattiert werden. Ich bin gespannt, wie sich einzelne Parteien bis dahin entwickelt haben und welche Massnahmen schlussendlich durchkommen und umgesetzt werden. ■

Netto null Motivationsverlust

Julia Küng und Delia Meier, Junge Alternative

12

Seit einem halben Jahr schlägt die Klimastreikbewegung in der Schweiz ihre Wellen. Ein guter Zeitpunkt, um kurz Luft zu holen, einen Blick in die Vergangenheit und vor allem auch in die Zukunft zu werfen, denn für diese kämpfen wir schliesslich.

Schon jetzt haben die Klimastreiks durch ihre Präsenz auf den Strassen und in den Medien viel erreicht, in der Politik sowie in den Köpfen der Menschen. Davon zeugen die Wahlergebnisse in Zürich und Luzern sowie erste Schritte in Richtung des Netto-null-Zieles bis 2030 in diesen bei-

Bahnen zu lenken (IPCC 2018). Deswegen brauchen wir ein Parlament, das diese Verantwortung wahrnimmt. Trotz der Entschlossenheit und der Notwendigkeit weiter zu kämpfen, ist diese Phase der Klimastreiks in der Schweiz von grossen Fragen geprägt. Wo stehen wir als Bewegung? Wo lie-



Einen Systemwechsel fordern auch die Klimastreikenden auf dem Zuger Postplatz.

den Städten und die Ausrufung des Klimanotstandes in zwei Kantonen. Auch im Kanton Zug ist die Ausrufung des Klimanotstandes Thema. Die Klimastreikbewegung kann eindeutig erste Erfolge verzeichnen – doch dies reicht noch lange nicht. Bis ihre Forderungen umgesetzt werden, werden die Klimastreikenden nicht Ruhe geben. Dafür sind vor allem die nationalen Wahlen diesen Herbst entscheidend. Aufgrund des Zeitdrucks in der Klimafrage müssen diese unbedingt Klimawahlen sein. Laut der Wissenschaft bleiben uns noch elf Jahre Zeit, um die Klimapolitik in die richtigen

gen unsere Stärken und Schwächen? Und vor allem: Wie geht es weiter?

Reichen Streiks und Demos?

Um unsere Forderungen nach einer nachhaltigen Klimapolitik durchsetzen zu können, müssen wir uns bewusst sein, wie es aktuell um uns steht. Nur so kann es uns gelingen erfolgversprechende Strategien zu finden. Wir sind eine internationale Bewegung mit starkem Rückhalt in der Bevölkerung, wir haben klare Ziele und es fehlt uns, wie die Vergangenheit gezeigt hat, weder an Mut, Willenskraft und Kreativität

noch an organisatorischem Geschick. Trotz unserer bunten Massen auf den Strassen besteht die Bewegung vorwiegend aus Schüler*innen und Studierenden. Für unseren weiteren Erfolg ist es zentral, dass wir noch mehr Auszubildende und Menschen aus älteren Generationen erreichen, denn die Klimakrise betrifft uns alle. Nebst der Mobilisierung zeigt auch die interne Organisation an manchen Stellen Schwächen auf. Die nationale Koordination ist auf Grund des Konsensprinzips sehr langsam und trotz der Ablehnung von Hierarchien hat sich eine inoffizielle Führung herauskristallisiert. Da die lokalen Gruppen vorwiegend autonom sind, war dies bis jetzt kein grosses Problem, doch müssen wir unbedingt offen über die Probleme sprechen und entsprechende Lösungen suchen. Gar nicht so einfach, wenn der Konsens durch einen Konsensentscheid abgeschafft werden soll.

Den Druck aufrechterhalten

Wir werden nicht von unseren Forderungen abweichen, da sie auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft basieren und durchaus erreichbar sind, wie auch ein Massnahmenplan zur Erreichung des Netto-null-Ziels bis 2030 der Jungen Grünen zeigt. Doch wir müssen uns überlegen, ob die Streiks und Demos weiterhin zielführend sind. Als Klimastreikbewegung haben wir keineswegs an Power verloren, jedoch geht das Medieninteresse und die Teilnehmer*innenzahl unserer Kundgebungen zurück. Dies ist nicht weiter erstaunlich, die Menschen haben sich schnell daran gewöhnt, dass sich die Jugend fürs Klima einsetzt. Umso wichtiger ist es, dass wir den Druck auf die Politik weiter aufrechterhalten können. Neben Streiks und Demos wird es in Zukunft vermehrt auch kleinere Aktionen, wie zum Beispiel Flashmobs, geben. Auch sind der Aufbau von alternativen Systemen, wie zum Beispiel klimaneutrale Wohnungen sowie Barrikaden und Sit-Ins in Planung.



Klimaverantwortung

Grundlegend für den zukünftigen Erfolg der Klimastreikbewegung ist es, dass uns bewusst ist, wer in der Klimafrage die Verantwortung trägt. Dies sind nicht Einzelpersonen, sondern politische Entscheidungsträger*innen. Die Fragen, ob wir mit dem Flugzeug in die Ferien fliegen oder Fleischkonsum vertretbar ist, haben ihre Daseinsberechtigung, sind jedoch im Hinblick auf die Lösung der Klimakrise zweitrangig. Das Märchen, dass wir mit unserem individuellen Verhalten die Klimakrise aufhalten können, wurde uns jahrelang von den Reichen und Mächtigen eingetrichtert, die mit ihrem klimaschädlichen Verhalten grosse Profite machen. Nur 100 Firmen sind für mehr als 70% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich (Carbon Majors Report, CDP, 2017). Weil die eingesparten Emissionen einer Einzelperson kaum ins Gewicht fallen und wir Menschen aufgrund von sozialen Umständen nicht so frei in unseren Entscheidungen sind, wie wir dies häufig denken, werden

Massnahmen, die nur auf Freiwilligkeit basieren, nicht funktionieren. Nur klare politische Richtlinien für die Wirtschaft und die Bevölkerung werden zu einer nennenswerten Reduktion der Treibhausgasemissionen führen. Trotzdem sind wir der Klimakrise nicht machtlos ausgeliefert. Wir können und sollen durch unser politisches Engagement einen entscheidenden Beitrag leisten.

System change, not climate change

Die Klimakrise wird drastische Veränderungen für das Leben aller Menschen herbeiführen. Wenn wir dies verhindern wollen, muss das jetzt bestehende System verändert werden. Die Forderung nach einem Systemwandel ist nicht eine aus der Luft gegriffene Überdramatisierung, sondern zeugt lediglich vom Wunsch, den unumgänglichen Wandel mitgestalten zu wollen. Uns bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder lassen wir alles, wie es ist, und die Klimakrise wird den Wandel bestimmen. Oder wir verändern den Status quo aktiv und bestimmen den Wandel mit. Dazu gibt es in der

bunten Klimastreikbewegung viele Ideen. Egal wie der Systemwandel aussehen wird, wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir uns ein nachhaltiges, demokratisches und gerechtes Zusammenleben und Wirtschaften in Zukunft wünschen. Dabei sei nicht zu vernachlässigen, dass die Klimakrise auch eine soziale Krise ist. Deswegen kämpft die Klimastreikbewegung genauso für soziale Gerechtigkeit wie für den Schutz unserer Lebensgrundlage.

Jetzt erst recht

Die Klimastreikbewegung gibt noch lange keine Ruhe. Auch wenn die Teilnehmer*innenzahlen der Streiks und die Medienaufmerksamkeit leicht zurückgehen, unsere Entschlossenheit bleibt. Denn die Klimakrise ist und bleibt die grösste Herausforderung unserer Zeit und ohne massiven Druck aus der Bevölkerung werden die tiefgreifenden, notwendigen Veränderungen nicht umgesetzt werden. In zwei Kantonen und mehreren Städten wurde bereits der Klimanotstand ausgerufen. Darüber und über alle Aufmerksamkeit, die die Klimastreikbewegung und die Klimakrise in den letzten Monaten bekommen haben, freuen wir uns sehr. Doch was wir bereits erreicht haben, reicht noch lange nicht und es müssen endlich konkrete Massnahmenpläne durchgesetzt werden. Ausschlaggebend für die Zukunft von uns allen sind die kommenden nationalen Wahlen. Diese Wahlen müssen zwingend Klimawahlen sein. Denn die Herausforderungen sind gross und uns läuft die Zeit davon. Die Klimastreikbewegung wird alles daransetzen, weiterhin gehört zu werden und gerade vor den Wahlen noch einmal Vollgas zu geben. Wir sind viele, wir sind wütend und wir sind laut. Gestärkt durch unsere ersten Erfolge und die Notwendigkeit unseres Engagements werden wir jetzt erst recht weitermachen. ■

Fragen zur Nachhaltigkeit

Redaktion BULLETIN

14

Im Gespräch mit Andreas Lustenberger wollte das BULLETIN mehr erfahren über die Nachhaltigkeitsfragen im Zusammenhang mit dem Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest ESAF. Es wurde im Vorfeld verkündet, es würde das erste klimaneutrale Eidgenössische Schwing- und Älplerfest. Andi konnte diesbezüglich einige wichtige Erfolge aufzeigen, machte sich aber auch Gedanken zu solchen Grossanlässen generell.

Zuerst einmal zur Klärung: Andi hat das Schwingfest nicht nach Zug geholt. Erst als schon klar war, dass der Grossanlass nach Zug kommt, bot sich ihm die Chance, als Leiter der Stabsstelle Nachhaltigkeit an der Vorbereitung mitzuwirken. Ihn reizte grundsätzlich das Planen und Organisieren für einen Anlass dieser Gröszenordnung. Und er wollte sich dafür einsetzen, dass die Fragen der Umwelt und Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert erhalten. Immerhin war eine Basis gelegt, indem eine Stabsstelle Nachhaltigkeit überhaupt vorgesehen wurde und diverse Pflöcke in dieser Sache bereits eingeschlagen waren. Dies war die Grundlage für weitere Massnahmen. So konnte er noch einiges bewirken. Durch das Bestehen der Stabsstelle seien zudem andere Personen im Organisationskomitee (OK) angeregt worden, in ihren Zuständigkeitsbereichen Ideen für mehr Nachhaltigkeit einzubringen und zu realisieren.

CO₂-Kompensation

Ein wesentlicher Erfolg der Stabsstelle Nachhaltigkeit ist sicher das Bekenntnis des OK zu einer kompletten Kompensation der CO₂-Schuld. In die Berechnung auf der Basis eines Beurteilungskatalogs von MyClimate fliessen alle Emissionen inklusive Transportwege für die vom OK vergebenen Aufträge ein. Da stellt sich natürlich die Frage, wie sinnvoll denn eigentlich solche Kompensationen sind. «Es ist nicht die Lösung, aber eine hilfreiche Massnahme. Im Vordergrund muss die konkrete Reduktion der CO₂-Belastung stehen.» Auch für das ESAF gilt die Regel: 1. Vermeiden, 2. Minimieren, 3. Ver-

werten, 4. Kompensieren. Die Kompensation in Zusammenarbeit mit der Stiftung Myclimate unterstützt viele gute Projekte in den Bereichen Energieeffizienz, Schadstoffvermeidung, Bildung und Entwicklung. Aus den Einnahmen des grossen Festes werden auch Umweltprojekte im In- und Ausland unterstützt. Trotzdem bleibt ein bitterer Nachgeschmack, wenn von «klimaneutral» gesprochen wird, weil man sich eine Kompensation «erkauft» hat bzw. sich den Kauf leisten konnte.

Auch Sponsoren in die Pflicht nehmen

Andi ist beeindruckt, wie viel Geld für einen solchen Anlass fliesst und was dank Sponsoren alles möglich wird. Es wurde mit den Sponsoren vereinbart, auf flächendeckendes Sampling (Verteilen von Mustern) zu verzichten. Die Stabsstelle Nachhaltigkeit hat aber auch noch weitergehend Einfluss genommen. Sie war beispielsweise für Prüfung und Freigabe aller durch Sponsoren verteilten «Give-aways» zuständig. Die Sponsoren müssen sich an den Entsorgungs- und Umweltgebühren beteiligen. Das hat bereits dazu geführt, dass bei diversen Sponsoren die beauftragten Mitarbeitenden sich selber Gedanken zur Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit ihrer «Give-aways» gemacht haben, was ihnen auch für künftige Aktionen anderswo nützlich sein wird.

Langzeitwirkung möglich

Die Bilanzierung der Nachhaltigkeitsmassnahmen nach Abschluss der Veranstaltung wird in einem Bericht per Ende Jahr präsentiert und wird

über mindestens zwanzig ökologische Ziele rapportieren. Um auch bezüglich Zielerreichung ein abschliessendes Urteil fällen zu können, fordert zudem MyClimate Berichterstattung über sehr viele Teilziele. Der ökologische Fussabdruck des ganzen Anlasses wird berechnet. Er wird dem Eidgenössischen Schwingerverband als Basis für (wo nötig strengere) Vorgaben bei künftigen Schwingfesten dienen. Bereits heute kann jedoch festgestellt werden, dass Veranstaltende anderer Grossanlässe nicht nur am ESAF mit allem Drum und Dran Interesse zeigen, sondern auch zu konkreten Themen der Nachhaltigkeit Fragen stellen und Lösungen übernehmen wollen. Dazu kommt, dass bei vielen an der Planung und Vorbereitung des Anlasses Beteiligten eine Sensibilisierung stattgefunden hat, weil die Nachhaltigkeit bei allen Teilprozessen zum Thema wurde.

Problemereich Festbetrieb und Publikum

Für die durch die offiziellen Gaststätten verkauften Getränke wird ein Flaschendepot erhoben. Da ausschliesslich für die grosse Arena Eintrittskarten nötig sind, wird sich zahlreiches zusätzliches Publikum auch in der sogenannten Festmeile bewegen. Da diese Leute selber Getränke mitbringen können, ist eine flächendeckende Lösung mit Depot auf alle Verpackungen nicht möglich. Hier hängt dann wohl bei der Entsorgung sehr viel von der Disziplin der Gäste ab. Da erwartet das OK bezüglich Abfalltrennung viel von der grossen Besuchermasse.

Der beanspruchte Boden

Der Boden für das Festgelände wird stark beansprucht, sodass das bisher landwirtschaftlich genutzte Land mit ziemlich viel Aufwand wiederhergestellt werden muss (Schotter entfernen, Boden lockern und rekultivieren, Ersatzbäume pflanzen). Zu diesem Zweck wurde ein Wiederherstellungsvertrag unterzeichnet.

Verkehr und Unterkunft

Das Ziel: Weniger als 20 Prozent der Gäste reisen mit Privatfahrzeugen an. Besuchende des ESAF werden aufgefordert, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Die Fahrt mit dem öffentlichen Verkehr nach Zug ist im Eintrittspreis inbegriffen. Die Verwendung privater Motorfahrzeuge wird durch verschiedene Massnahmen unattraktiv gemacht. Die Parkplätze im Gebiet Kollermühle werden teuer sein, vom Parkplatz zum Festgelände wird es keinen Shuttlebetrieb geben. Die Veranstalter gehen davon aus, dass auf dem temporär eingerichteten Campingplatz bis zu 20 000 Personen untergebracht sein werden.

Recycling

Das Sägemehl wird nach dem Anlass eingesetzt für die laufende Hochmoorregeneration auf dem Zugerberg, denn dort wurde vor 80 Jahren mit dem Torfabbau sehr viel Biomasse entnommen und Ried entwässert. Bei der sogenannten Zuger Methode ersetzt Sägemehl in Kombination mit eingerammten Holzbrettern Torf als Füllmaterial für Entwässerungsgräben. Damit wird eine weitere Entwässerung des Moors reduziert oder verhindert.

Ausblick, Lehren für die Zukunft

Megaanlässe mit derart hohen Besucherzahlen (300 000) sind grundsätzlich zu vermeiden. Ein ESAF jeweils am gleichen Austragungsort würde bezüglich Organisation und Ressourcenverschleiss Vorteile bringen.

Was wurde leider nicht erreicht?

Die Stoffflüsse während der Veranstaltung sind nicht nachhaltig. Das Recycling von mitgenommenen Verpackungen ist nicht sichergestellt. Und von den offiziellen Gaststätten werden zwar Depotgebühren auf Flaschen erhoben, nicht jedoch auf Becher, Teller und Bestecke. ■



Gestandene Bäume, 2013. Welche sind verurteilt?



Für die Planierung und Vorbereitung des Bodens wird schweres Geschütz aufgefahren.



18 000 Kubikmeter: Die Mengen von Schotter und Kies sind imposant.



Einzelne Bäume durften (bisher) auch überleben.



Ein schwacher Trost: Die Natur kämpft.



Ob von diesem hier sauber begrenzten Grün nach dem Fest noch etwas zu sehen sein wird?



Wunden sehen wir überall.

Medienmitteilung

Die Medienmitteilung zum Nachhaltigkeitskonzept: esafzug.ch, Medienmitteilungen, 21.01.2019, Nachhaltigkeitskonzept

15.24 h

15.24 h
20% Lohnungleichheit bedeutet, dass Frauen bei einem Arbeitseende an einem Standardtag (17 h) ab 15.24 Uhr nicht mehr bezahlt sind.

Redaktion BULLETIN

16

Hunderttausende von Frauen und Männern streikten am 14. Juni 2019 schweizweit. In Zug waren es vermutlich um die tausend Menschen, vor allem junge Frauen, die lautstark die Gleichberechtigung der Frauen forderten. Die Organisatorinnen bezeichneten den zweiten Frauenstreik als grösste politische Demonstration der jüngeren Geschichte. Beim Frauenstreik ging es nicht nur um Lohngleichheit und um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es ging um viel mehr: darum, dass Frauen nicht einfach ignoriert und übergangen werden; um Schutz vor Übergriffen; darum, dass Sexismus und Diskriminierung überwunden werden und dass familiäre Betreuungsarbeit und Freiwilligenarbeit nicht einfach als selbstverständlich angenommen werden. Hier ein paar Impressionen dieses wahnsinnig tollen Tages!





Grenzen der Selbstbestimmung

Samuel Huber, Universität Luzern

18

Liberaler Fremdbestimmung vs. demokratische Selbstbestimmung: Die Gegenüberstellung von uneingeschränkter Demokratie und beschränktem Liberalismus aus der Debatte zur «Selbstbestimmungsinitiative» war zu verkürzt. Nicht nur die liberale Demokratietheorie plädiert für sinnvoll beschränkte und zerteilte Volkssouveränität.



Argumentation der BefürworterInnen: Ein Ja zur Initiative ist ein Ja zur (direkt-) demokratischen Selbstbestimmung.

Am Sonntag, 25. November 2018, wurde die «Selbstbestimmungsinitiative» der SVP nicht nur abgelehnt, sie wurde sogar krachend abgelehnt: 66.2% der Schweizer Stimmenden stimmten mit «Nein». Handelte es sich hier um eine bedenkliche Entscheidung gegen die Demokratie – wie kritische Stimmen das Abstimmungsergebnis interpretiert haben? Der Sichtweise der Befürwortenden der Initiative folgend könnte man das zunächst durchaus glauben.

Demokratische Selbstbestimmung wider den globalisierten Liberalismus?

Die Initiative der SVP richtete sich aus Sicht ihrer BefürworterInnen gegen einen wahrgenommenen Kontrollverlust durch internationales Recht, gegen eine Einschränkung des Volkssouveräns durch Fremdbestimmung. Nicht nur die Abstimmungskampagne machte das deutlich, auch die Nachanalyse des gfs Bern zeigt, dass solche Überlegungen bei der Befürwortung der «Selbstbestim-

mungsinitiative» eine Rolle gespielt haben: Als Gründe für die Annahme der Initiative wurde von Befragten unter anderem genannt, dass das «Stimmvolk entscheiden soll, was in der Schweiz gilt» und dass die «Ausweitung des Geltungsbereichs internationaler Verträge» gestoppt werden sollte.

Das braucht man nicht pauschal als nationalistische Haltung der politischen Rechten abzutun: Auch linke Stimmen aus den Sozialwissenschaften beklagen seit einiger Zeit einen global Überhand nehmenden Liberalismus – wahlweise aber auch: Neoliberalismus. Im Zusammenhang mit der Globalisierung sei es zu Prozessen der Verrechtlichung und zu Kontrollverlusten gekommen, die neoliberale Technokratie sei an der Macht anstelle des souveränen Volks. Diese Sichtweise führte die politische Theoretikerin Chantal Mouffe dazu, prominent für einen linken Populismus – entgegen einer neoliberalen Hegemonie – zu plädieren. In dieser Argumentation

stellt die Mobilisierung konzentrierter Volkssouveränität durch den Populismus die einzige Möglichkeit dar, um sich in einer globalisierten Welt demokratische Selbstbestimmung wieder aneignen zu können.

Liberaler Menschenrechte und Wirtschaftsordnung auf Kosten der Demokratie?

Auch die Argumente der GegnerInnen der «Selbstbestimmungsinitiative» scheinen in diese Gegenüberstellung von Demokratie und Liberalismus bzw. Neoliberalismus zu passen. Nicht nur argumentierte die sich als «liberal» bezeichnende «Aktion Libero» während des Abstimmungskampfs mit den Menschenrechten, die durch die Initiative bedroht seien. Gemäss dem gfs Bern war auch bei den Befragten die Befürchtung da, dass durch eine Annahme der Initiative «der Schutz vor willkürlichen Entscheidungen» verloren gehen könnte – dies auch ergänzt durch die wirtschaftlich geprägte Befürchtung, dass die Schweiz durch die Initiative «ihren Ruf als verlässlicher Handelspartner» verlieren könnte. Hat man also tatsächlich zähneknirschend etwas demokratische Selbstbestimmung geopfert, um den Liberalismus in Form der Menschenrechte zu bewahren – und um in einer globalen, neoliberalen Wirtschaftsordnung bestehen zu können? Um also zweierlei Beschränkungen der Demokratie nachzugeben?

Eine solche Gegenüberstellung von beschränkendem Liberalismus und unbeschränkter bzw. «echter» Demokratie vermengt einerseits den politischen Liberalismus der Menschenrechte mit dem ökonomischen Neoliberalismus und blendet die enge Verbindung von Liberalismus und Demokratie bei Demokratietheoretikern wie Jürgen Habermas oder John Rawls aus. Die Gegenüberstellung ist aber noch in einem weiteren wichtigen Sinn verkürzt:

Nicht nur liberale TheoretikerInnen stellen und stellten sich Demokratie gerade nicht als völlig unbeschränkte Volkssouveränität vor.

Demokratische Selbstbestimmung heisst nicht Verabsolutierung von Volkssouveränität

Das schweizerische Demokratieverständnis speist sich ideengeschichtlich gesehen mindestens aus zwei wichtigen Traditionslinien: dem Liberalismus, aber eben auch: dem Republikanismus. Nicht nur der Liberalismus hat das Demokratieverständnis der Schweiz also massgeblich geprägt – auch Vorstellungen von republikanischer Bürgertugend und politischer Selbstregierung der politisch aktiven Bürgergemeinschaft, wie sie der Republikanismus betont, haben eine lange Tradition in der Schweiz.

Gerade republikanische Theorien haben in der politischen Theorie der vergangenen Jahrzehnte unter dem Label des «Neo-Republikanismus» ein veritables «Revival» erlebt. Sogenannte «Civic Humanists» wie Hanna Arendt nahmen dabei Bezug auf die antike athenische Demokratie und betonten den Wert von politischer Aktivität für die menschliche Selbstentfaltung. Sogenannte «Civic Republicans» wie Philip Pettit bezogen sich hingegen auf die Römische Republik und die Idee der Mischverfassung. Für sie ist die Vermeidung von Willkürherrschaft (als Kennzeichen der «Tyrannei») ausschlaggebend dafür, um von einer selbstregierten Republik von freien BürgerInnen sprechen zu können.

Auch der Historiker und politische Theoretiker Josiah Ober versuchte sich 2017 unter ähnlich republikanischen Vorzeichen eine «Demokratie ohne Liberalismus» vorzustellen. In seinem Buch «Demopolis – Democracy Before Liberalism in Theory and Practice» bezieht er sich dazu auf die antike Demokratie in Athen und ergänzt seine historische Arbeit



Argumentation der GegnerInnen: Ein Ja zur Initiative ist ein Nein zu den liberalen Menschenrechten ...

durch ein Gedankenexperiment für die Moderne («Demopolis»). Ober argumentiert, dass Liberalismus und Demokratie keinesfalls zwingend verbunden seien – das beweise schliesslich bereits die athenische Demokratie, welche vollwertige Demokratie ohne Liberalismus gewesen sei. Bemerkenswert ist dann jedoch, wenn Ober argumentiert, dass auch das antike athenische Volk durchaus Einschränkungen seiner Gestaltungsmacht akzeptiert habe. Spätestens nachdem es durch schmerzhaft politische Erlebnisse geläutert worden sei, habe es sich für «reife Demokratie» entschieden und sich selbst Beschränkungen auferlegt. Die Idee sei dabei aber nicht gewesen, universelle Menschenrechte zu garantieren (wie im Liberalismus), sondern die längerfristige Stabilität, Prosperität und Sicherheit der Stadtrepublik zu erhalten. Demokratie, so Ober, sei also auch in ihrer nicht-liberalen, republikanischen Form nie als uneingeschränkte Mehrheitstyannei oder verabsolutierte Volkssouveränität gedacht gewesen. Einer typischen republikanischen Sichtweise folgend ist vielmehr jeder uneingeschränkt mächtige Akteur moralisch korrumpierbar: Nicht nur der Einzelherrscher neigt zur Willkür und zur

Verfolgung seines Eigeninteresses – und wird zum Tyran –, wenn er unbeschränkte Macht genießt – bei Pettit und Ober ist auch die unbeschränkte Volksmehrheit vor dieser Gefahr nicht sicher.

Es gilt für den Kontext der Schweiz also mindestens drei unterschiedliche Vorstellungen von demokratischer Selbstbestimmung auseinanderzuhalten: liberale, republikanische und populistische. Sowohl in der liberalen wie auch der republikanischen Tradition lassen sich Argumente für die Zerteilung und Beschränkung von Volkssouveränität finden: der Schutz liberaler individueller Menschenrechte – aber eben auch die Idee, dass absolute Macht moralisch korrumpiert und dass ein Staat mittelfristig nicht stabil und von der Bürgergemeinschaft selbstregiert bleiben wird, wenn er einem Akteur im politischen System – und sei es dem Stimmvolk – unbeschränkte Macht zuweist. Auch wenn man also Vorbehalte gegenüber dem Liberalismus hat, sollte demokratische Selbstbestimmung daher nicht vorschnell mit populistischer Selbstherrlichkeit verwechselt werden. ■

Alltag im Lager

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

20

Im BULLETIN (4/2017) habe ich über die Hintergründe, die zur Gründung des Hilfswerks network ANTHROPIA geführt haben, berichtet und wie der Alltag der gestrandeten Geflüchteten in Griechenland aussehen kann. Schon in früheren BULLETINS wurde die Situation in Griechenland thematisiert (1/2015 und 2/2016). Anfang Jahr ist die Präsidentin des Hilfswerks network ANTHROPIA für längere Zeit nach Griechenland gegangen, um sich ein Bild vor Ort zu machen. Dieser Artikel basiert auf ihrem Erfahrungsbericht.

In der kleinen Ortschaft Lavrio in der Nähe von Athen leben in einem alten Abbruchhaus Dutzende von Erwachsenen und Kindern aus Afghanistan auf engstem Raum. Wir berichteten im BULLETIN 4/2017. Und doch herrschen dort im Vergleich zu anderen Orten geradezu paradiesische Zustände. Natürlich ist das Haus baufällig, die Zimmer sehr bescheiden, die sanitären Einrichtungen grenzwertig und die allgemeinen Lebensumstände verbesserungswürdig, aber: Gleich nebenan im grossen Lager der KurdInnen herrschen viel schlimmere Zustände. Es leben 380 Menschen (davon über 80 Kinder) auf engstem Raum, mit zwei Toiletten und einer Dusche. Die beiden Gebäude sind sehr baufällig und nun wirklich kaum mehr bewohnbar. Da im Januar wieder sehr viele kurdische Flüchtlinge Griechenland erreicht haben, platzt das Lager aus allen Nähten. Es ist wichtig, gerade im Winter vor Ort zu sein und anpacken zu können.

Gegenseitige Hilfe

Ausserhalb der Ortschaft wurde auf einer Müllhalde zusätzlich zu den baufälligen Häusern ein sehr einfaches Lager aus alten Containern errichtet – nicht zu vergleichen mit den neuen Containern in den grossen Lagern in ganz Griechenland. Dort leben ca. 160 Menschen, 35 Kinder und 15 Babys. Wir pflegen seit Jahren eine sehr freundschaftliche Beziehung zum Lager der KurdInnen. In letzter Zeit hat sich die Zusammenarbeit vertieft, wir haben das Vertrauen der KurdInnen gewonnen. Sie haben oft auch ihren Nachbarn im Lager der AfghanInnen geholfen, besonders nach dem unglücklichen Brand vor einigen Wochen. In diesen Lagern herrscht wirklich grosse Not. Die Geflüchteten werden wohl von einzelnen Gemeinschaften unterstützt und durch Gruppen ihrer Landsleute in Griechenland eng begleitet. Dies reicht aber bei weitem nicht aus. Viele Familien haben noch



Ein mit viel Liebe (und wenig Geld) eingerichteter Container-Kindergarten.

keine Papiere, die Kinder gehen nicht zur Schule und die Kleinkinder im Vorschulalter geniessen keinerlei Struktur und sind oft sich selbst überlassen. Im Containerlager wurde vor einigen Wochen ein grosser Backofen errichtet, dort backen die Frauen gemeinsam für das ganze Lager Brot. Alle Lebensmittel werden aufgeteilt und verteilt, gemäss Anzahl der Familienmitglieder. Es gibt einen kleinen, liebevoll eingerichteten Gemeinschaftsraum in einer Baracke, wo etwas Kurdisch unterrichtet wird und ab und zu eine kleine Veranstaltung stattfindet, damit sich die Menschen austauschen können. Eine (1) Waschmaschine für die gut 200 Personen muss genügen.

Unsere Zukunft

Da das Lager zu weit ausserhalb des Ortes Lavrio liegt, ist es unmöglich, die Kinder von dort in den Kindergarten oder in die Schule zu schicken. Der Schulbus holt allenfalls die älteren Kinder ab. Die kleineren Kinder sind den ganzen Tag auf dieser Müllhalde, es riecht schlecht und die Umgebung ist ein Bild des Jammers. Unser Vorschlag, einen Kindergarten aufzubauen, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Wir haben uns mit einer Frauengruppe getroffen, eine der jungen Frauen spricht sehr gut Englisch und kann übersetzen. Diese Frauen sind der festen Überzeugung, dass wir in die Bildung der Kinder investieren sollten und dass eine Tagesstruktur für Kinder und Eltern von grösster Wichtigkeit ist. Man



Das Leiterinnenteam des Kindergartens sitzt zusammen und bespricht die Planung.

ist sich einig, dass der Kindergarten in kurdischer und griechischer Sprache geführt werden soll. Zwei kurdische Lehrpersonen sind sofort dabei und unsere griechische Mitarbeiterin Kika und ich kümmern uns um eine griechische Kindergärtnerin. Wir möchten mit drei Stunden am Tag an fünf Tagen die Woche anfangen und zwar nicht nur im Containerlager, sondern auch im Hauptlager der KurdInnen in Lavrio. Auch da gibt es kein Angebot für Kinder. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung. Wir werden kleine Tische und Stühle besorgen, etwas Material zum Basteln und Werken, einige Spiele und sinnvolle Spielsachen. Im Warenlager Pampiraiki finden wir sicher schon einiges. Die Frauengruppe ist



Ein Leben im Provisorium.

begeistert und sehr motiviert. Wir sind einmal mehr beeindruckt von einem starken Gemeinschaftsdenken, welches die Zusammenarbeit natürlich stark erleichtert. Wir freuen uns, schon bald die ersten Kinder in einer einladenden Umgebung empfangen zu können, in Zusammenarbeit mit den kurdischen Verantwortlichen und zwei griechischen HelferInnen! Die Kinder sind die Zukunft, da müssen wir investieren!

Zusammenarbeit

Es ist eine Freude, mit den KurdInnen an einem Strick zu ziehen. Wir lernen viel und können Lücken füllen und anpacken, wo es sehr nötig gebraucht

wird. Im Lager hat es einen grossen ehemaligen Küchenraum, welcher als Materiallager für Zucker, Reis, Mehl und Hülsenfrüchte sowie Öl, Duschmittel und Waschmittel aus Hilfslieferungen gebraucht wird. Von dort erfolgt die Verteilung an die Familien. Wir wollen auch an den Abenden Griechischunterricht für die Erwachsenen anbieten. Das Bedürfnis ist gross, alle wissen, dass sie in Griechenland bleiben werden. Es ist ihnen bewusst, dass Sprachkenntnisse die Integration fördern und erleichtern. Arbeitslose griechische Lehrkräfte werden gefunden. Früher wurden diese Lektionen vom Roten Kreuz Griechenland angeboten. Das Lager (KurdInnen und AfghanInnen) stand unter dem Patronat von Hellenic Red Cross, bis im Juli 2017 die türkische Regierung Druck auf das Hellenic Red Cross ausübte, dieses Lager zu schliessen und sich zurückzuziehen. Der Rückzug fand statt, aber die Menschen sind zusammengestanden und nicht ausgezogen. Wohin hätten sie denn gehen sollen? Die ersten kurdischen Geflüchteten sind aus politischen Gründen schon vor über 30 Jahren nach Lavrio gekommen und seit damals gibt es dieses Lager. In den letzten drei Jahren sind noch viele Flüchtlinge dazugekommen und es kommen laufend neue aus Syrien, Irak, Iran und jetzt vor allem aus der Türkei, wo sie ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Die KurdInnen gehören zu Lavrio, sie werden von der griechischen Bevölkerung akzeptiert und geschützt, niemand wollte, dass das Lager geschlossen wird. Sie brauchen aber unsere Hilfe ganz dringend, alles wird knapp und Infrastruktur ist nur notdürftig vorhanden. Diese Menschen beklagen sich nie und verlangen von sich aus auch gar nichts, obschon sie in einer miserablen Situation leben. Die Gemeinschaft ist stark und nimmt die Situation an, wie sie ist. Beeindruckend und sehr berührend. ■



Das Planungsinstrument zum Kindergartenprojekt wird stolz gezeigt.



Und immer wieder ... Notversorgungen von Gruppen von Flüchtenden, die keine eigenen Mittel oder Unterstützung haben.

Unterstützung für network ANTHROPIA

Network ANTHROPIA setzt sich für Menschen auf der Flucht ein. Das Engagement ist ehrenamtlich, die Spenden werden vollumfänglich für die Menschen in Not verwendet. Unbürokratisch, direkt und gemeinsam. Mit ihrer Unterstützung und Spende machen sie das möglich!

network ANTHROPIA, 8708 Männedorf
Postfinance Konto 61-974295-5
IBAN CH64 0900 0000 6197 4295 5

Ein steiniger Weg

Irène Kälin, Nationalrätin, Grüne Aargau

22

Seit der Annahme der Energiestrategie 2015 ist der Kampf gegen AKW anders geworden. Einfacher und schwieriger. Einfacher, weil der Atomausstieg eine beschlossene Sache ist. Schwieriger, weil dem Atomausstieg nach wie vor ein Datum fehlt und Uralt-AKW Beznau I noch immer am Netz hängt.

Die vom Stimmvolk 2017 befürwortete Energiestrategie 2050 schafft den gesetzlichen Rahmen für die Energiewende. Trotz des darin enthaltenen Beschlusses, in der Schweiz kein neues AKW mehr zu bauen, bleibt unklar, wann die alten Schweizer AKW (Baujahr 1969, 1971, 1972, 1979, 1984) vom Netz gehen. Nur die BKW hat bisher die Ausserbetriebnahme des zweitältesten Schweizer AKW festgelegt. Am 20. Dezember 2019 wird Mühleberg als erstes AKW den Leistungsbetrieb endgültig einstellen. Die anderen können so lange betrieben werden, wie sie von der Aufsichtsbehörde ENSI als sicher eingestuft werden. Die grüne Volksinitiative für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie, die ein gestaffeltes Abschalten nach jeweils 45 Jahren Laufzeit einführen wollte, scheiterte 2016 mit 45,8 Prozent Ja-Stimmen an der Urne. Somit fehlt in der Energiepolitik nach wie vor ein fixes Ausstiegsdatum und eine Strategie, wie mit den alternden und teilweise von Sicherheitsproblemen betroffenen Reaktoren weiterverfahren werden soll. Auch das Atommüllproblem bleibt nach jahrzehntelanger Forschung ungelöst.

50 Jahre Beznau I statt Solarrevolution

Während die BKW die Zeichen der Zeit erkannt hat und Mühleberg Ende dieses Jahres vom Netz nehmen wird, geht das drei Jahre ältere AKW Beznau in die Verlängerung und feiert dieses Jahr einen denkwürdigen Altersrekord: 50 Jahre. Und das obwohl die Mängelliste des ältesten AKW der Welt eine Länge erreicht hat, die Anlass zur Sorge ist. Mangelnde Erdbe-

bensicherheit, mangelnder Hochwasserschutz, mangelnde Notkühlung, veraltete Technik und einem Reaktormantel mit tausend kleinen Löchern. Das ist eine Gefahr für Mensch und Umwelt. Aber es ist auch eine verpasste Chance der Betreibergesellschaften und Stromkonzerne, die Energiewende zu vollziehen. Die AXPO hat in den vergangenen Jahren über 700 Millionen in die Nachrüstung von Beznau investiert, Geld das sie auch in alternative Stromproduktion hätte investieren können. Auch wenn sich die Stromkonzerne heute gerne grün und klimafreundlich zeigen möchten, so haben diejenigen Stromkonzerne, welche noch kein Ausstiegsdatum für ihre AKW beschlossen haben, die Chance nun mehrmals verpasst, die Energiewende mitzugestalten. Mit den 700 Millionen, die in Beznau verlockt wurden, hätte die AXPO eine kleine Solarrevolution starten können und hätte damit nicht nur ein echtes grünes Mäntelchen bekommen, sondern hätte die Energiezukunft meines Heimatkantons ein Stück weitergebracht und Mensch und Umwelt von einem gefährlichen und ökonomisch wenig langfristigen Jubiläum bewahrt: 50 Jahre Beznau ist wahrlich kein Grund zur Freude.

Herabsetzung der Strahlungsgrenzwerte

Und pünktlich zum Beznau-Geburts-tag hat der Bundesrat – noch unter Federführung der ehemaligen Energieministerin Doris Leuthard – eine Teilrevision der Kernenergieverordnung in Kraft gesetzt, welche die Strahlungsgrenzwerte für AKW stark nach oben «korrigierte». Das ist aus mehreren Gründen stossend. Denn

unter dem Deckmantel der Korrektur einer angeblich «unklar formulierten Bestimmung» hat der Bundesrat mit der Inkraftsetzung der Verordnungsänderung auf den 1. Januar dieses Jahres eine massive Abschwächung der Anforderungen an die nukleare Sicherheit und damit eine Verwässerung der Kernenergieverordnung beschlossen. Die Bevölkerung wird mit den geplanten Massnahmen einem 100 Mal höheren nuklearen Strahlenrisiko ausgesetzt.

Umso stossender ist der Entscheid des Bundesrates, als die Stellungnahmen im Rahmen der Vernehmlassung überwiegend kritisch ausgefallen sind. Zahlreiche Kantone, Städte und Gemeinden, unser Nachbarland Baden-Württemberg, Kantonsvertreter des Bevölkerungsschutzes, diverse Gesundheits-, Anwalts- und Umweltverbände sowie die zuständige Kommission für Strahlenschutz des Bundes kamen zum Schluss, dass die geplanten Verordnungsanpassungen, zu einer Herabsetzung des Schutzniveaus für die Bevölkerung führen wird und haben sie deshalb mit einer grossen Mehrheit abgelehnt. Wenn der Bundesrat sich über die Mehrheit der VernehmlassungsteilnehmerInnen hinwegsetzt, verkommt das Konsultationsverfahren zu einer Farce.

Kommt hinzu, dass der Bundesrat damit auch die Rechtsstaatlichkeit mit Füßen tritt, war doch genau zum Inhalt der angeblich unklaren Verordnungsbestimmung ein Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht hängig. Ohne das Prinzip der Gewaltenteilung einzuhalten und den Entscheid der Richter abzuwarten, hat der Bundesrat die Gesetzgebung in den umstrittenen Punkten abschwächt.

Climate washing

Und nun wittern die AKW-Freunde und -Betreiber eine neue Chance. Sie wollen auf der Klimawelle mit-surfen. In den letzten Monaten sind in diversen Medien Stimmen laut geworden, die Atomkraftwerke als

Teillösung gegen den Klimawandel sehen – auch in der Schweiz. Keiner der Beiträge hält einer fundierten Prüfung stand. Selbst wenn wir die Sicherheitsprobleme und die ungelöste Entsorgung ausblenden, sind neue AKW vor allem eines: unrealistisch. Die vier AKW, die derzeit in der westlichen Welt gebaut werden, haben alle mit jahrzehntelangen Verzögerungen zu kämpfen. Firmen gingen aufgrund der Projekte Konkurs, in den USA wurde ein Neubau ganz aufgegeben. Ohne Milliarden Garantien des französischen Staatskonzerns EDF gäbe es in Westeuropa kein einziges Projekt. Die Subventionen betragen von der Hälfte bis zu drei Viertel der Baukosten. Gegenüber den immer günstiger werdenden erneuerbaren Energieträgern sind sie nicht konkurrenzfähig. Weltweit werden Neubauten fast nur noch von Staaten angestrebt, die das Know-how aus ganz anderen Gründen suchen: wegen den Atomwaffen.

Doch warum neue AKW fordern, wenn sie gar nicht realistisch sind? Die Antwort lautet climate washing.

Es geht darum, das Image der Meiler in Beznau, Leibstadt oder Gösgen zu verbessern. Ihre relativen Vorteile beim CO₂-Austoss gegenüber Kohle- und Gaskraftwerken sollen darüber hinwegtäuschen, dass der älteste AKW-Park der Welt vor allem eines produziert: Fragezeichen und Pannen am Laufmeter.

Im Oktober den Atomausstieg nageln

Zögerliche Energiewende, Atomkraftwerke ohne Ablaufdatum, climate washing des Atomstroms, Herabsetzung der Strahlengrenzwerte: Das ist die aktuelle AKW-Politik. Deshalb hilft nur eines. Denjenigen Parteien im Herbst den Rücken zu stärken, die sich für einen echten Wandel in der Klimapolitik und einen raschen und geordneten Atomausstieg mit Datum einsetzen. Das sind allen voran wir Grünen, denn wir haben konkrete Forderungen und Pläne für die nächste Legislatur:

- Ein geordneter Ausstiegsplan aus der Atomenergie für alle AKW der Schweiz.

- Erhöhte Sicherheitsanforderungen für die Schlussphase und die Stilllegung der AKW müssen durchgesetzt werden.
- Die Unabhängigkeit der Atomaufsicht muss durch den Einbezug von internationalen Expert*innen und die Ernennung von unabhängigen, kritischen Persönlichkeiten an die Spitzen des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats ENSI und der Kommission für nukleare Sicherheit KNS endlich durchgesetzt werden.
- Die AKW Beznau 1 und 2 müssen wegen inakzeptabler Sicherheitsrisiken umgehend und endgültig ausser Betrieb genommen werden.
- Die Verursacher*innen (Energieunternehmen und Konsument*innen) müssen sich angemessen an der schnellstmöglichen Stilllegung und Entsorgung der Atomenergieanlagen beteiligen.
- Die volle Risikohaftung für Atomkraftwerke während und nach der Betriebsdauer sowie für Zwischen- und Endlagerstätten muss durchgesetzt werden. ■



Soziales Experiment

Redaktion BULLETIN

24

Transition steht für Übergang, Wandel oder Umstellung. Unter der «Transition-Bewegung» werden Gruppen von engagierten BürgerInnen verstanden, die als Reaktion auf den Klimawandel und Peak Oil ihren «ökologischen Rucksack*» minimieren. Damit will diese Bewegung auch ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber einem von Erdöl- und Nahrungsmittelknappheit ausgelösten Versorgungsdefizit erhöhen. Am 8. Mai 2019 luden die Alternativen – die Grünen zu einer Veranstaltung zum Thema «Transition Towns».

Die Transition-Town-Bewegung sieht sich als «soziales Experiment» auf dem Weg des Lernens. Diese Gemeinschaften wollen nicht auf das Handeln von Regierungen, Politikern und anderen Institutionen warten, sondern selbst aktiv werden. Regierungen bräuchten zu lange, Individuen könnten zu wenig ausrichten, die Gemeinschaft dagegen kann genug gross sein und mit ihren Aktivitäten gerade noch zur rechten Zeit kommen.

Die konkreten Projekte werden von den Gemeinschaften selbst in einem offenen, kreativen Prozess entworfen. Wichtig ist, dass lokale Strukturen gefördert werden, was je nach Initiative andere Formen annimmt: Selbstversorgung durch Nahrungsmittelanbau, lokale Währungen, Solarpanels, lokale Energieunternehmen oder Energiesparpläne. (Siehe auch Film: «Tomorrow – die Welt ist voller Lösungen»).

Beispiel Wädenswil

Wädenswil hat eine Transition-Bewegung. Zwei MitbegründerInnen haben uns von ihren Projekten und Erlebnissen anlässlich der Veranstaltung geschildert. Was eine solche Bewegung ausmacht, kann man nachvollziehen, wenn man die Einleitung zum Jahresbericht liest. Und dennoch kann ein Bericht niemals abbilden, was beim Umsetzen der Aktionen erlebt, gelernt und empfunden wurde. Denn nicht nur Gärten sind sichtbar aufgeblüht, sondern es hat sich auch eine Energie aufgebaut, die das Gefühl gibt, dass alles möglich ist und dass

genau jetzt die Zeit dafür ist. Folgende Grundsätze verfolgt Transition Wädenswil:

Machen – Wir starten Projekte und planen Aktionen für eine nachhaltige Zukunft. Wir handeln!

Hier – Wir agieren dort, wo wir leben, im Bewusstsein, dass lokales Handeln einen globalen Einfluss hat.

Jetzt – wir warten nicht, bis jemand anderer Herausforderungen für uns meistert, sondern fragen: Wenn nicht jetzt, wann dann?

Gemeinschaft – eine starke Gemein-

schaft fundiert auf gegenseitiger Unterstützung und gesunden Beziehungen. Wir setzen die Entwicklung unseres Lebensraums ins Zentrum.

Resilienz – Vielfalt, Vernetzung und überschaubare Wertschöpfungsketten werden angestrebt. Dies stärkt die Widerstandsfähigkeit einer Region und schützt vor Abhängigkeit.

Wandel – Wir setzen auf Veränderung und hinterfragen dabei unsere Konsum- und Wirtschaftsweise. Welches sind die wirklichen Werte im Leben?

Und Zug?

Das Thema ist auch in Zug angekommen. Eine Gruppe von Leuten startete eine Initiative mit dem alternativen Stadtplan. Dieser soll im Sommer herauskommen und Orte und Projekte zeigen, die den Grundsätzen der Transition-Bewegung entsprechen und zeigen, was davon in Zug schon vorhanden ist. Die Transition-Bewegung lebt von initiativen Leuten, die eine Idee verfolgen. ■



Alternativer Stadtplan

Für Kontakte im Zusammenhang mit der Transition-Bewegung und dem alternativen Stadtplan: stadtplan@alternative-zug.ch

Interessante Links

https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/transition_1711.htm

<https://www.transition-initiativen.org>

<https://transitionnetwork.org/>

<http://transition-waedenswil.ch>

Im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit findet man unter folgendem Link eine Fülle von sehr interessanten Informationen »<https://www.nachhaltigkeit.info>

*Ökologischer Rucksack

Das Konzept des ökologischen Rucksacks bildet einen Ansatz zur Visualisierung des Einbezugs der Ökologie in jeglichen Konsum. Siehe <https://www.umweltnetzschweiz.ch>, suche «ökologischer Rucksack»



Manchmal gehen Politiker besonders raffiniert um mit der Sprache. Da war eine eidgenössische Abstimmung. Unternehmenssteuerreform und AHV-Finanzierung oder STAF waren zwar die offiziellen Bezeichnungen für das Thema, aber offenbar zu klar. Alle Veranstaltungen der Mitte- und Rechtsparteien wurden betitelt mit «AHV-Steuer-vorlage». Wo AHV draufstet, ist aber nicht immer nur AHV drin! ■

Spielt Herr Tännler eigentlich häufig Bocchia? Nein, aber er hat die vor seinem Haus liegende altherwürdige Bellevue-Bocciabahn ganzjährig gemietet, damit dort niemand Bocchia spielt. So hat er seine Ruhe und kann immer weitere Aufgaben und Ämter übernehmen. Ohne Wimpernzucken packt er im OK des ESAF auch noch die Funktion des Chefs Verkehr, da Herr Andermatt offenbar nicht überall die nötige Unterstützung erhielt und deshalb diese Aufgabe abgab. Zentral-plus fragte besorgt, ob Herr Tännler denn überhaupt noch Zeit hätte zum Regieren. Aber ja, er hat auch noch Zeit für viele andere Aufgaben oder Ämter (z. B. Präsidium der Swiss Blockchain Federation) und auch noch für einen Wahlkampf. Superman eben. ■

Welche Partei kämpft neben der FDP immer wieder für Gewerbefrei-

heit und eine Wirtschaft, die nicht durch Gesetze und Vorgaben behindert wird? Genau, die SVP. Wenn dann aber der wegen ein bisschen Stau am Titlis aufgebrachte Herr Aeschi noch ver-nimmt, dass die Titlisbahnen im Rahmen von Gesamtpaketen unter gewissen Umständen einen Inder scheinbar billiger transportieren als unseren braven Schweizer Nationalrat, beginnt er zu heulen. Geht doch nicht! Aber hallo, das ist doch Gewerbefreiheit, unternehmerisch kluges Handeln! ■

Von wegen SVP: Welches Land ermutigt seine Einwohner mit Geldgeschenken zur Migration? Die Schweiz. Verschiedene Kantone und Gemeinden hatten während der Landwirtschaftskrisen (1816/1817, 1851–1855 und 1880–1884) und nach Kriegs- und Wirtschaftswirren (1918–1930) Auswandernde mit Beiträgen für die Überfahrt (z. B. nach Amerika) sowie einem Taggeld während der ersten zwei Jahren (z. B. Nova Friburgo, Brasilien) unterstützt. Na ja, das war früher. Wenn das heute ein anderes Land machen würde, hätten wir hier das grosse Aufheulen (mehr zum Thema: Nationalmuseum.ch «Die Schweiz anderswo» bis 29.9. / NZZ: Als Schweizer in Scharen auswanderten). ■

Der Zuger Dialog, eine vom neuen Stadtrat wie-

deraufgenommene Form von Information und Austausch, stand im Mai unter dem Titel «Paradigmenwechsel im Stadtverkehr». Paradigmenwechsel? Referat, Podiumsgespräch und Publikumsbeiträge brachten nichts Neues. Das Einführungsreferat war zwar gut, doch inhaltlich hatten wir alles schon im BULLETIN 4/2018. Der beste Satz aus dem Podiumsgespräch «Der Mensch ist die Killer-App» ist leider auch nicht neu. Fahrerinnen und Fahrer von Autos mit Elektroantrieb demonstrieren das täglich. Auch E-Mobile sind Statussymbole, viel zu gross, machen unnötige Fahrten, fahren Rennen, usw. Nein, ein Paradigmenwechsel ist noch in weiter Ferne. Derselbe Stadtrat beschenkt uns nun auch noch mit Spielzeugen, für die es keinen Sinn, keinen Platz und keinen Bedarf gibt: E-Scooter, also Trottinette (Elektro-Tretroller), bei denen nicht getrottet werden muss. Die Dinger werden abends eingesammelt und nach irgendwo zu einer Ladestation gekarrt, von dort dann wieder zurück nach Zug. Eine neue Möglichkeit, Energie zu verschwenden. ■

Der Mann mit dem Katzenfell auf dem Kopf hat das Wort «Deal» definitiv in unseren Wortschatz geknallt. So ein Deal zeichnet sich offenbar ab bei Fiat Chrysler. Gemäss «Handelszeitung» kann der italienisch-amerikanische Autobauer künftig Elektroautos des US-Herstellers Tesla in seine Flotte aufnehmen, um damit schärfere Abgasvorschriften der EU zu erfüllen. So könne Fiat Chrysler die durchschnittlichen Kohlendioxidemissionen seiner Autos auf ein zulässiges Niveau senken. Fiat Chrysler habe sich entschlossen, dafür hunderte Millionen Euro an Tesla zu zahlen, wie die «Financial Times» berichtet. ■

In Zürich gab es einen Aufschrei, weil ein Anwalt sich rühmt, er habe sich einen Namen gemacht als Kämpfer für bessere Schulnoten durch Anfechten der Korrektur von Prüfungen. In Zug haben Anwälte andere Spezialgebiete. In einem Inserat steht zum Beispiel «betreut Klienten ... mit Fokus Finanzmarktrecht, ... sowie Antikorruptionsbekämpfung». Wie bitte? Schonungslose Offenheit, Freud'scher Versprecher oder mangelnde Kompetenz in Deutsch? ■



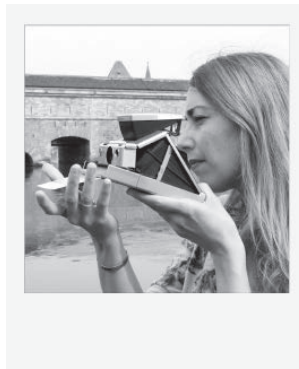
26

Subito – Das Sofortbild

Montag, 8. Juli
20 Uhr
Kino Gotthard Zug

Abdrücken, wedeln, fertig! Vor 70 Jahren eine fast schon magische Innovation! Damals entwickelte der ideenreiche Amerikaner Dr. Edwin Land eine Kamera mit Polaroidfilter und eingebautem Entwicklungslabor, die echte Fotos innerhalb von Sekunden verfügbar machte. In einer virtuosen Montage von Archivschätzen erzählt Peter Volkart die Geschichte hinter dem Polaroidbild und veredelt diese mit kunstphilosophischen Einblicken, kombiniert Archivmaterial, Werbefilme, Lehrfilme, Homemovies, animiert Fotografien, lässt Schriftzüge ins und aus dem Bild sausen und vertont das Technische mit lebendigen Soundeffekten und beschwingten Songs aus der guten alten Zeit. SUBITO ist nicht nur ein originell erzählter Film über die Geschichte der Instantfotografie, sondern gibt auch einen amüsanten Einblick in die unermüdliche Begeisterung

für technische Neuheiten, die wiederum die Sehnsucht «nach dem Echten» hervorbringt. Regisseur Peter Volkart ist anwesend für Q&A.



Freundliche Grüsse
Elke Mangelsdorff
FLIZ FilmLiebhaberInnen
Zug



Mittwoch, 3. Juli 2019
Alternative Monatsbar
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen. Es kochen die Grünen Risch-Rotkreuz.

Donnerstag, 15. August 2019 (Maria Himmelfahrt)
Städtischer Sommertreff
Lockeres Treffen und Snacks
ab 18 Uhr im Tellenörtli Oberwil

Freitag, 16. August 2019
Wahlkickoff
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal Zug
im Centro italiano, Metallstrasse 16, Zug
mit grossem italienischen Spezialitätenbuffet und der Vorstellung der Kampagne
17.30 – 19.30 Uhr

Mittwoch, 4. September 2019
Alternative Monatsbar
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen. Es kocht die Alternative – die Grünen Menzingen.

Samstag, 14. September 2019
Sponsoringlauf
am Alpenquai hinter dem goldenen Kiosk
ab 15 Uhr Festbetrieb und Musik
16 Uhr Start LäuferInnen
16.30 Uhr Trotinettrennen
17 Uhr Schubkarrenrennen

LeserInnenmeinung

Das BULLETIN ist auch eine Plattform für Briefe, Kommentare, Meinungen von Leserinnen und Lesern.

Ganz einfach: Mail an bulletin_redaktion@bluewin.ch

Wir freuen uns auf Zuschriften!



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Jeweils Nachmittags von
Montag bis Donnerstag
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr
bearbeitet.

Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz (ehemals Gleis 3 Alternative Risch)

Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug

Konradin Franzini und
Gurbetelli Yener
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne

Fraktion im Kantonsrat
www.alternativfraktion.ch

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
Bulletin Nr. 2, 6. Juli 2019
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 3/2019:
Freitag, 6. September 2019

Erscheinungsdatum
Samstag, 28. September 2019

DAS BULLETIN
www.bulletin-zug.ch



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metalstrasse 5, 6300 Zug

